

2018-10-23

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
24.05.2018

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Es fehlten:**

### **Freie Fraktion Dessau-Roßlau**

Hernig, Andreas Entschuldigt

### **Fraktion der CDU**

Gebhardt, Roland Entschuldigt

### **Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Busch, Thomas Entschuldigt

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es waren zu diesem Zeitpunkt 8 von 9 Ausschussmitgliedern anwesend.

### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, beantragte die BV/476/2017/V-DKT - Maßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen

Kindertagesstätte in der Essener Straße als TOP 6.3. zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bat die Beschlussvorlage der Fraktion Pro Dessau-Roßlau zur baulichen Umsetzung des Entwurfes einer „Bauhausbox“ der Architekten Bankert und Sommer in der Zerbster Straße mit auf die Tagesordnung zu setzen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte dies zur Diskussion.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, äußerte, dass eine vergleichbare Vorlage bereits in der Verwaltungsspitze besprochen und nicht beschlossen wurde. Sie gab den Hinweis, dass die Zerbster Straße einschließlich des Platzes mit der Friedensglocke mit einem Gesamtkonzept überzogen werden solle und keine Einzelmaßnahme, wie die Bauhausbox, vorab gemacht werden soll. Es soll dafür ein großes Beteiligungsverfahren geben. Zurzeit wird an einem solchen Konzept gearbeitet.

Des Weiteren sagte **Frau Schlonski**, dass die Stadtverwaltung verpflichtet ist Projekte auszuschreiben, weshalb das Projekt nicht einfach so an das Architekturbüro Bankert und Sommer vergeben werden kann.

Wenn Ideen für den Raum in einer Werkstatt gesammelt werden, kann die Idee einer Bühne in der Zerbster Straße mit aufgenommen werden. Aber auch hier wird es das Problem geben, einen Architekten vorzubestimmen, so **Frau Schlonski**.

**Herr Schönemann** möchte die Vorlage trotz rechtlicher und verwaltungstechnischer Bedenken weiter behandeln.

**Herr Otto** äußerte, dass die Verwaltung den Auftrag der Politik ignoriert hat, weshalb die Vorlage besprochen werden soll, um dem politischen Willen Nachdruck zu verleihen.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, sei ebenfalls dafür, die Vorlage, in die Ausschusssitzung einzubringen, jedoch teile er die vergaberechtlichen Bedenken. Ideen von Architekturbüros der Stadt sollten allerdings nicht zu den Akten gelegt werden, sondern stringent verfolgt werden.

**Herr Schönemann** setzte die Vorlage auf die Tagesordnung, mit der Option, sie zu qualifizieren. Er möchte sie in die Projektentwicklung des Platzes einbinden und eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema zulassen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7:0:1**

Die Tagesordnung wurde geändert, mit einer Enthaltung, bestätigt.

### **3            Genehmigung der Niederschriften vom 25.01.2018, 20.02.2018, 21.03.2018 und 22.03.2018**

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, bedankte sich bei den Stadträten für ihre Geduld hinsichtlich der Nachreichung der Niederschriften und bittet um Verständnis.

Zur Niederschrift vom 25.01.2018 äußerte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass seine Bemerkung hinsichtlich der Spielplatzkonzeption nicht richtig angekommen ist. Generell sollte in der Spielplatzkonzeption der Gedanke eines Rodelhügels aufgenommen werden.

Weitere Anmerkungen zu den Niederschriften gab es nicht. Sie wurden zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** **5 : 0 : 3**

Die Niederschrift vom 25.01.2018 wurde ungeändert bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** **4 : 0 : 4**

Die Niederschrift vom 20.02.2018 wurde ungeändert bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** **4 : 0 : 4**

Die Niederschrift vom 21.03.2018 wurde ungeändert bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** **5 : 0 : 3**

Die Niederschrift vom 22.03.2018 wurde ungeändert bestätigt.

#### **4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

#### **5 Einwohnerfragestunde**

**Herr Sven Behrendt, Pappelgrund 30**, äußerte, dass in der Kleingartensparte Obstmuttergarten Mitteilungen an die Pächter zum Verkauf der Gärten versendet wurden. Auf dem Areal gibt es Gärten, wo Wohneinheiten entstanden sind. Er fragt nach, was mit dem Gelände geschehen solle und ob eine Änderung im Bebauungsplan beantragt wurde, hinsichtlich der Entstehung von Wohnraum und der Entfernung der Gärten.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sicherte eine schriftliche Antwort zu der Anfrage zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

## 6 Beschlussfassungen

### 6.1 Bebauungsplan Nr. 147 A "Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord" mit örtlichen Bauvorschriften, Abwägungsbeschluss Vorlage: BV/118/2018/III-61

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass die Vorlagen 6.1 und 6.2 im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und im Stadtbezirksbeirat bestätigt wurden.

Weiterhin berichtete **Frau Schlonski**, dass im Rahmen des Stadtbezirksbeirats Innerstädtisch-Nord gebeten wurde, vor der Einbringung in den Stadtrat, die Errichtung eines Kreisverkehrs und einer kreisverkehrsähnlichen Anlage zu prüfen. Ebenfalls solle die Vorfahrtssituation im Einfahrtsbereich von der Karlstraße/ Schlachthofstraße/ Eduardstraße geprüft werden, alternativ eine Änderung der Vorfahrtsregelung in diesem Bereich. Außerdem ist eine Verbesserung der sicheren Erreichbarkeit beider Märkte für Fußgänger und Radfahrer erwünscht.

Von der Fläche her ist die Anlage eines Kreisverkehrs nicht möglich und eine Änderung der Vorfahrtsregelung scheidet im Moment aus, da die Hauptverkehrsströme weiterhin über die Schlachthofstraße/ Karlsstraße laufen werden. Zurzeit gibt es dort eine Querungshilfe, um den gesicherte Verkehr für Fußgänger und Radfahrer zu gewähren, so **Frau Schlonski**.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erschien **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**5 : 2 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

### 6.2 Bebauungsplan Nr. 147 A "Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord" mit örtlichen Bauvorschriften, Satzungsbeschluss Vorlage: BV/120/2018/III-61

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bedankt sich bei Herrn Deharde für die Initiative und freut sich auf die Zusammenarbeit.

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

### **6.3       Maßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in der Essener Straße** **Vorlage: BV/476/2017/V-DKT**

**Frau Rach, Betriebsleiterin Eigenbetrieb DeKiTa**, informierte, dass die Beschlussvorlage bereits in mehreren Gremien behandelt wurde, unter anderem im Beirat für Stadtgestaltung, im Stadtbezirksbeirat Ziebigk und Siedlung sowie im Betriebsausschuss. Hinweise zur Überarbeitung aus den Gremien wurden in der Beschlussvorlage beachtet. Im Vergleich zur favorisierten Variante des Beirats für Stadtgestaltung ist es eine zweigeschossige Bebauung. Es wurde eine Abwägung vorgenommen, im Vergleich zum derzeitigen Haushaltsansatz gibt es eine Teuerungsrate von 18.000,00 Euro.

Im Variantenvergleich ist anzumerken, dass die favorisierte Variante des Beirates noch aufwendiger ist, so **Frau Rach**. Die Kosten und der Zeitaufwand stellen einen Unsicherheitsfaktor dar. Der Zeitaufwand ist wesentlich, da die Einrichtung für die Dauer der STARK-III-Sanierung der „Bremer Stadtmusikanten“ als Auffangeinrichtung dienen soll.

Danach sollen dann die Kindergruppe „Bussi Bär“ und die Kindertageseinrichtung „Villa Kunterbunt“ in der Essener Straße zusammengeführt werden. An diesem Standort ist eine höhere Kapazität geplant, als sie momentan vorhanden ist, um den erhöhten Bedarf abzufedern. Weiterhin berichtete **Frau Rach**, dass es zeitliche Schwierigkeiten gibt, da im Rahmen von STARK-III nachgewiesen werden muss, dass innerhalb der Bewilligung der Fördermittel nicht länger als 12 Monate mit dem Baubeginn gewartet wird. Aus diesem Grund liegt die Präferenz auf dieser Variante aus der Beschlussvorlage, da diese am ehesten die Gewähr auf die zeitliche Einhaltung bietet. Die Variante aus der Vorlage wird bereits in einer anderen Kommune gebaut, weshalb es eine gewisse Kostensicherheit und Erfahrung in der Bebauung selbst gibt.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Umwelt**, äußerte, dass der Gestaltungsbeirat sich ausführlich mit der Problematik beschäftigt habe. Er bat darum, dass in Zukunft die gestalterischen Segmente vorher diskutiert werden, bevor die Vorlage endgültig beschlossen wird.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, erfragte, wie viele Plätze derzeit in der Kindergruppe „Bussi Bär“ und der Kindertageseinrichtung „Villa Kunterbunt“ zur Verfügung stehen. Aktuell sind in „Bussi Bär“ 51 Plätze und in der „Villa Kunterbunt“ 74 Plätze vorhanden, so **Frau Rach**.

Weiterhin fragte **Herr Adamek**, wie viele Plätze die „Bremer Stadtmusikanten“ habe und ob die Anzahl nach der Sanierung gleich bleibe. Daraufhin antwortete **Frau Rach**, dass es derzeit in den „Bremer Stadtmusikanten“ 17 Gruppenplätze und 110 Kindergartenplätze gibt. Die gleiche Platzzahl wird gesichert, zusätzlich gibt es im Haushalt eine zweite Erweiterungsstufe, die weitere 50 Plätze sichern solle.

**Herr Adamek** äußerte, dass das nach der Bauphase weiterhin bestehende rechnerische Defizit im Betriebsausschuss nicht zum Ausdruck kam.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Umwelt**, ergänzte, dass es viel zu lange gedauert hatte bis zum Start der Maßnahme. Mit DeKiTa hat die Stadt aber ein Instrumentarium selbst zu reagieren, was andere Gemeinden nicht haben. Die mangelnde Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze stellt eine unzureichende Qualität

dar. Mit der Bereitstellung von Kindertagesstättenplätzen sichern wir die Zugänglichkeit von Frauen zu Berufen, so **Herr Schönemann**.

**Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, merkte an, dass ihm die Vorbereitung zu dieser Beschlussvorlage unzureichend ist. Beschlussvorlagen müssen in einer eindeutigen Form vorliegen, in der man erkennt, was zu bestätigen ist.

**Frau Rach, Betriebsleiterin Eigenbetrieb DeKiTa**, äußerte, dass mit jeder Vorlage ein Wirtschaftlichkeitsvergleich durchzuführen sei. In den Anlagen befinde sich die momentane Beschlusslage und die vom Gestaltungsbeirat bevorzugte Variante, ebenso wie ein Vergleich beider Varianten.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich, was aus der Einrichtung „Bussi Bär“ wird, da sie in seinen Augen noch benutzbar ist. **Frau Rach** äußerte, dass es bis jetzt noch keine abschließende Entscheidung zu den Objekten gibt. Ausnahme ist die „Villa Kunterbunt“, die aufgrund von Feuerschutzauflagen und dergleichen nicht mehr am Markt gehalten werden kann. Erst wenn eine Betrachtung zum Gesamtbedarf der Plätze vorliegt kann man über die Weiterentwicklung der Einrichtung nachdenken.

**Herr Adamek** fand es gut, dass die DeKiTa sich dem Problem der Defizite annimmt. Weiterhin erkundigte er sich, wie lange die Bauphase dauern werde. Daraufhin antwortete **Frau Rach**, dass der Bau bis August 2020 fertig sein soll. Ebenfalls sei **Herr Adamek** der Meinung, dass man über die Schließung von Einrichtungen erst nachdenken solle, wenn der Bau der neuen Kindertagesstätte abgeschlossen ist.

**Herr Schönemann** meinte, dass man sich spätestens im September über die weitere Entwicklung zur schnelleren Abdeckung der Defizite verständigen solle. Er bat die Fraktionen das Thema mitzunehmen und einen Anspruch eines gemeinsamen Beschlusses zur weiteren Lösung des Themas zu formulieren. Der Zeithorizont solle dabei nicht länger als 4 Jahre sein.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**5 : 0 : 4**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.4      **Maßnahmebeschluss 4. Bauabschnitt Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium und Einrichtung der neuen Dauerausstellung Anhaltische Gemäldegalerie****  
**Vorlage: BV/127/2018/IV-41**

**Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, informierte, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport beschlossen wurde. Inhalt der Vorlage ist die Beschlussfassung zum vierten und letzten Bauabschnitt mit einem Gesamtvolumen von knapp 7,6 Millionen Euro. Ebenfalls Inhalt ist die Beschlussfassung zur Neueinrichtung der Dauerausstellung für die Anhaltische Gemäldegalerie mit einem Volumen von knapp 444.000,00 Euro für die Inneneinrichtung, Erstausrüstung, Möblierung aus dem Investhaushalt und die Mittel in Höhe von 427.000,00 Euro für die Umsetzung und Präsentation des Vermittlungskonzeptes.

Weiterhin erläuterte **Herr Dr. Reck**, dass sich die Erhöhung der Kosten von 6,2 Millionen Euro auf 7,6 Millionen Euro aus zusätzlichen Maßnahmen ergäbe. Zusätzliche Fördermittel können nur noch durch Bundesmittel bereitgestellt werden.

Anschließend stellte **Herr Dr. Reck** die Konzeption vor. Im Erdgeschoss soll die Geschichte des Schlosses und die Verbindung zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich dargestellt werden. Der Tischbeinsaal wird für herausgehobene Veranstaltungen zugänglich. Im 1. Obergeschoss entsteht die Hauptausstellung. Im Kernbau werden Druckgrafiken und kleinformatige Gemälde in Form einer Studiogalerie gezeigt. Die Museumspädagogik findet ihren Platz im Blumengartenhaus und im Gebäude selber.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sei der Meinung, dass es nie zu einem Beschluss gekommen wäre, wenn die Sanierung in einem Guss angestrebt worden wäre. Es gab nur die Chance, die Sanierung Stück für Stück durchzuführen. Bei der Sanierung des Georgiums wurden das Denkmal und die Nutzung baulich getrennt. **Herr Schönemann** bedankt sich bei den Leuten, die daran geglaubt haben, dass das Vorhaben Stück für Stück finanziert wird.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 1**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.5      Änderungsbebauungsplan Nr. 102 A "Gewerbegebiet West" / Aufstellungsbeschluss und Durchführung der frühzeitigen Beteiligung  
Vorlage: BV/119/2018/III-61**

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass der Bebauungsplan die Voraussetzungen für die Erweiterung der Firma Octapharma schafft.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**6.6      Maßnahmebeschluss  
Energetische Teilsanierung Anhaltisches Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"  
Fördermaßnahme STARK III  
Vorlage: BV/427/2017/III-65**

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, berichtete einleitend, dass 2016 der Beschluss gefasst wurde, diese Thematik anzugehen. Nun stehen die Mittel zur Verfügung, weshalb das Projekt umgesetzt werden soll.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

## Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

### **6.7 Kauf und Aufstellung von Unterrichtscontainern in der Regenbogenschule in Dessau - Maßnahmebeschluss und Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben Vorlage: BV/134/2018/III-65**

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, gab zunächst an, dass der Finanzausschuss den außerplanmäßigen Mitteln zugestimmt habe.

**Herr Kochmann, Amt für Bildung und Schulentwicklung**, berichtete, dass die Containervariante eine kurzfristige, temporäre Lösung sei, da es einen Zuwachs an Schülerzahlen gäbe. Eine richtige Einschätzung der Schülerzahlen sei nicht einfach, da für die Regenbogenschule die Zuweisungen vom Landesschulamt kommen, welche zurzeit jährlich wachsen. Weiterhin erläuterte **Herr Kochmann**, dass die Schule ursprünglich für 7 Klassen gebaut wurde, momentan gäbe es 12 Klassen. Ausweichmöglichkeiten gibt es momentan in der Friederiken Grundschule und in der Wohnschule, wo aber die Grenzen erreicht sind. Dieses Jahr wird es 13 Klassen geben, weshalb Ausweichquartiere benötigt werden. In dem Container werden 4 Klassenräume, 1 Gemeinschaftsraum, Toiletten und Vorbereitungsräume geschaffen, so **Herr Kochmann**.

**Herr Bekierz** ergänzte, dass als Alternative ein Anbau an die bestehende Schule untersucht wurde, welche aber am Punkt der Nachhaltigkeit der Bestandsschule gescheitert ist. Der Anbau würde bei einem eventuell späteren Neubau der Schule verloren sein.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, merkte an, dass wir uns damit selbst eine Aufgabenstellung geben, um mit dem Problem Regenbogenschule zukünftig anders umzugehen. Die Stadt benötigt für solche speziellen Einrichtungen entsprechende bauliche Kuratoren, die zeitgemäß die Kinder würdig beherbergen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fragte nach, bis wann ein Konzept für die endgültige Lösung vorliege.

Woraufhin **Herr Schönemann** äußerte, dies mit auf den Weg geben zu wollen. In seiner Fraktion wurde schon ausführlich über dieses Thema gesprochen. Sie möchten einen Impuls setzen und haben ein Modell, wie man in einer anderen Stadt damit umgegangen ist. **Herr Schönemann** würde dies gerne den anderen Fraktionen vorstellen wollen. Nach seinem Stand wird zurzeit in der Verwaltung eine Datenerhebung vorgenommen, um dies zu präzisieren. Demnächst wird es ein Papier geben, wodurch sich die Mitglieder an der Diskussion beteiligen können.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, stellte die Frage, wie weit die Planungen der Stadtverwaltung für den Umgang mit der Körperbehindertenschule sei.

Daraufhin antwortete **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass es Gespräche mit dem Schulamt gibt und natürlich auch nach Fördermitteln geschaut wird. Zurzeit wird auf Richtlinien von bestimmten Förderprogrammen gewartet, um Anträge stellen zu können.

**Herr Bekierz** ergänzte, dass mit vier STARK-III-Maßnahmen in diesem und nächsten Jahr begonnen werden soll. Dazu komme voraussichtlich der Anbau, für den gerade der Maßnahmebeschluss vorbereitet wird und die Sporthalle am Walter-Gropius-Gymnasium. Die Summe der Investitionen liegt somit bei ca. 30 Millionen Euro, so **Herr Bekierz**. Alle drei Sonderschulen haben größten Sanierungsbedarf, dieser liegt bei ca. 20 Millionen Euro. Nach Veröffentlichung der Richtlinie für die Bundesförderung soll zusammen mit der Körperbehindertenschule ein Gesamtpaket entwickelt werden. Über das Ergebnis dieses Gespräches wird dann auch so bald wie möglich informiert.

**Herr Schönemann** äußerte, dass er gerne eine Diskussion mit den anderen Fraktionen in Abstimmung mit der Verwaltung zu der Thematik hätte.

Weitere Rückfragen gab es nicht. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**6.8 Weiterführende Arbeitsschritte für die Erarbeitung der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP)  
Vorlage: BV/098/2018/III-66**

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, gab an, im Auftrag mehrerer Fraktionen den Oberbürgermeister um einen Gesprächstermin zum Ringschluss Nord gebeten zu haben. Dieser hat bis dato noch nicht stattgefunden, weshalb er nicht bereit sei, der Fortschreibung beizustimmen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, merkte an, dass eine Planrechtfertigung des Ringschlusses Nord im Augenblick nicht vorhanden sei. Fiskalische Möglichkeiten, diese Maßnahme zu realisieren, sind ebenfalls nicht vorhanden. Weiterhin sei ein Schwerlasttransport durch die Friederikenstraße kuratormäßig nicht möglich. Die Fraktion Die Linke siehe es nicht vor, diese Arbeiten weiter zu blockieren.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, gab an, neue Erkenntnisse zum Thema Mittel für solche Bauvorhaben zu haben. Anschließend äußerte er, dass er einer Vorlage nicht zustimmen werde, die dieses Thema abschließend ad acta lege, da es Möglichkeiten für solche Bauvorhaben gäbe.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, merkte an, dass die Vorlage dieses Thema nicht ad acta lege, sondern in ihr werden die nächsten Schritte im Verkehrsentwicklungsplan dargestellt. In ihr ist u. a. die Ostrandstraße bzw. Ringschluss Nord ein Thema. Im Moment ist der Bedarf an Zahlen nicht gegeben, aber die Trasse wird freigehalten. Der Verkehrsentwicklungsplan wird dann noch mehrfach offen gelegt, so **Frau Schlonski**. Das Papier, welches erstellt wird, sei nicht abschließend, da es noch weiter durch Diskussionsprozesse gehe.

**Herr Schönemann** stimmte dem zu, dass die jetzige Vorlage noch kein Schlusspunkt sei. Die Arbeitsrichtung der Verwaltung sei die Bestandsaufnahme der jetzigen Situation.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, verwies darauf, dass es ohne die Zustimmung für die Erarbeitung von Zahlengrundlagen keine Rechtfertigung für irgendein Straßenbauprojekt gäbe.

**Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, möchte daran erinnern, dass jedes Dorf eine Umgehungsstraße hat bzw. eine, die demnächst planrechtlich kommen kann. Er äußerte, dass die SPD nichts behindern wolle, aber der Beschlussvorlage nicht zustimmen könne.

**Herr Schönemann**, teilte mit, dass bei einer Ablehnung der Beschlussvorlage eine Aufgabenstellung formuliert werden müsse, da eine reine Zurückweisung zu wenig sei.

**Herr Adamek** bemerkte, dass er eine Informationsvorlage dankend zur Kenntnis genommen hätte und sich auf die Beschlussvorlage entsprechend vorbereitet hätte.

**Herr Maurer, Tiefbauamt**, informierte, dass es im Jahr 2015 im Ausschuss eine Diskussion zur Aufgabenstellung zur vierten Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans gegeben habe. Die entsprechenden Schritte sind in der vorliegenden Beschlussvorlage enthalten. Inzwischen gab es sieben Veranstaltungen im Ausschuss zur Verkehrsentwicklungsplanung, in denen Daten dargelegt und diskutiert wurden. Weiterhin merkte **Herr Maurer** an, dass die Ergebnisse der Untersuchung mitgeteilt wurden. Zusätzlich gab es eine Sonderuntersuchung, die ähnliche Ergebnisse gebracht hat, worüber der Ausschuss auch informiert wurde. In dieser Ausschusssitzung wurde mitgeteilt, dass der politische Raum eine Position finden möchte. Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen, weshalb es Zeit wird, die Öffentlichkeit zu beteiligen, so **Herr Maurer**.

**Herr Schönemann** brachte den Kompromiss ein, die Aufgabe ruhen zu lassen, was den Ringschluss Nord betrifft und trotzdem an dem Verkehrsentwicklungskonzept weiter zu arbeiten und die Bevölkerung zu beteiligen.

**Herr Meier** betonte, dass die Fraktion den Zahlen für die Verkehrsentwicklungspläne vollstes Vertrauen geschenkt habe, da dies eine wissenschaftliche Erarbeitung war, jedoch wird sie von Teilen des Ausschusses anders interpretiert. Dessau-Roßlau braucht den Verkehrsentwicklungsplan, um zu wissen was gebraucht wird oder nicht, so **Herr Meier**.

**Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, bat darum, dass zum Verkehrsentwicklungsplan ein offener Diskussionsprozess geführt wird, der dann in einer Informationsveranstaltung mündet.

**Herr Adamek** merkte an, dass er die Arbeit von Herrn Maurer und seinem Team nicht missbilligt. Er ist aber da, um die Meinung der Bürger zu vertreten.

**Herr Tschammer** äußerte, dass sich das Problem nicht nur auf die Karlstraße fokussiere, sondern in weiten Teilen der Innenstadt auch Lkws fahren. Eine Umgehungsstraße soll dazu dienen, die Verkehrsbelästigung von den Bürgern fern zu halten, was mit der jetzigen Konzeption nicht gegeben sei. Auf das Gesprächsangebot des Oberbürgermeisters würde **Herr Tschammer** gern zurückkommen.

**Frau Schlonski** ergänzte, dass sich die Belastungen der Karlstraße und Willy-Lohmannstraße mit der Öffnung der Kavalierrstraße wieder anders verteilen werden.

**Herr Schönemann** stellte die Frage, ob die Ostrandstraße prinzipiell im Verkehrsentwicklungsplan Thema sein muss.

**Herr Adamek** zitierte Herrn Schönemann mit den Worten, dass der Lückenschluss des Tangentensystems eine obere Priorität habe.

**Herr Schönemann** äußerte, dass er eine Gefahr sieht, keine Bestätigung für die Vorlage im Rat zu erhalten, aufgrund der Gegenwehr mancher Fraktionen.

**Herr Tschammer** stellte einen Vertagungsantrag.

Der Vertagungsantrag wurde zur Abstimmung gestellt.

**Herr Schönemann** merkte an, dass eine Entscheidung nach dem Gespräch mit dem Oberbürgermeister getroffen wird.

**Abstimmungsergebnis:**

**5 : 4 : 0**

Der Vertagungsantrag wurde bestätigt.

**6.9      Aufwertung Fahrbahn Elballee einschließlich Haltestellenbereiche,  
Infrastrukturvorhaben im Zuge der Trassenänderung des Elberadweges  
- Maßnahmebeschluss -  
Vorlage: BV/136/2018/III-66**

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, berichtete einleitend, dass die Beschlussvorlage im Stadtbezirksbeirat Ziebigk/Siedlung am 14.05.2018 mit 4 : 0 : 3 beschlossen wurde.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, stellte die Frage, ob die Fuß- und Radwege ebenfalls aufgewertet werden.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte, dass er mit diesem Vorgang unzufrieden ist. Die Zielsetzung war, einen Teil der Museumsstadt mittels einer vernünftigen Infrastruktur zu vernetzen und touristisch aufzuwerten. Bei einer ausschließlichen Sanierung der Fahrbahn wird dies mit den Nebenbereichen nicht passieren. **Herr Schönemann** stellte die Frage, wie die weitere Entwicklung hinsichtlich der Sanierung der Nebenbereiche aussehe.

**Frau Schlonski** gab an, dass genau dies schon einmal beschlossen wurde. Der erste Schritt ist die Sanierung der Straßenfläche, um für das Bauhausjubiläum den Elberadweg entsprechend dorthin verlegen zu können. Dafür stehen die finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Verwaltung sieht dies ebenfalls nur als den ersten von weiteren Schritten, so **Frau Schlonski**. Die Allee, welche erhalten werden soll, würde sehr hohe Umbaukosten im Bereich der Fußwege verursachen. Es wird weiter daran gearbeitet Fördermittel zu finden, um weiter auszubauen. **Frau Schlonski** äußerte, dass der erste Schritt die Fassung des Maßnahmebeschlusses ist, um die Fahrbahn herzurichten.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, fragte nach, wie die Busse auf der Fahrbahn parken können, wenn der Radweg auf der Fahrbahn ist.

**Herr Säbel, Tiefbauamt**, ergänzte, dass kein separater Radweg auf der Fahrbahn vorgesehen ist, sondern der Radverkehr auf der Straßenfläche „mitläuft“. Weiterhin verwies er auf die Beschlussvorlage 241, durch die der Ausschuss beschlossen hatte, die Elballee in zwei

Stufen auszubauen. Im Haushalt 2018 sind die Planungsmittel für den zweiten Teil ab 2019 eingestellt.

Die Elballee ist so breit, dass man weitgehend beidseitig parken kann. Die Reisebusse können an der Fahrbahn halten, ohne den Radverkehr zu behindern.

**Herr Schönemann** merkte an, dass es bis 2026 zum Jahr des Bauhauses gelingen muss, die Achsen der Museumsgebäude und Bauhausbauten der Stadt zu verbinden und so zu präsentieren, dass sie im internationalen Wettbewerb des Tourismus eine Möglichkeit haben zu bestehen.

**Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, erkundigte sich nach weiteren Informationen zum Aufbau der Straße. Er äußerte, dass die Bäume den Radweg in den jetzigen Zustand versetzt haben. Um dem entgegen zu wirken müsste man den Wurzelschutz in Richtung der Fahrbahn entsprechend gestalten, so dass die Fahrbahn Bestand hat.

**Herr Säbel** verwies darauf, dass der Unterbau der Straße anders ist, als der vom Geh- und Radweg. Unter dem Unterbau der Straße befindet sich eine hydraulisch gebundene Tragschicht, welche noch tragfähig ist und deshalb bleiben kann. Das Pflaster wird herausgenommen und das Asphaltpaket ist dann entsprechend stärker.

**Herr Tschammer** fragte nach, ob der Abwasserkanal in der Straße noch zum Klärwerk lang führt. Woraufhin **Herr Säbel** antwortete, dass dieser bestehen bleibt. Sollte er einmal nicht mehr in einem guten Zustand sein, wird er aufgrabungsfrei saniert.

**Herr Schönemann** äußerte den Wunsch zu qualifizieren, dass die Straße als Allee ein touristisches Highlight wird, auch im Nebenbereich. Es könne eine Aufgabenstellung in einem Programm „100 Jahre Bauhausgebäude“ erstellt werden und in einem Masterplan untergebracht werden.

**Herr Adamek**, fragte, ob der Zustand der Fußwege auch für Rollstuhlfahrer und Fußgänger geeignet sei.

Woraufhin **Herr Schönemann** antwortete, dass das Hauptthema hier bei den Querungen liegt, um die Verbindung zur anderen Straßenseite zu sichern.

**Herr Otto** bat um eine fachliche Aufbereitung der Vorlage hinsichtlich der angegebenen Zahlen.

**Herr Schönemann** ergänzte, dass die Vorlage nach Abstimmung seine Gültigkeit erhält, wenn ein ergänzendes Papier vorliegt.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde geändert, einstimmig bestätigt.

## **6.10 Einführung des Handyparkens in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/152/2018/III-66**

**Herr Dämmrich, Tiefbauamt**, informierte, dass es 2017 die erste Beschlussvorlage zu dieser Thematik gab. Das Handyparken sollte mit einem Einzelanbieter umgesetzt werden. In

der Vorlage wurde die Ausschreibung festgelegt, dass die Stadt Transaktions- und Servicekosten übernimmt. Nach weiteren Überlegungen ist man jetzt zu dem Entschluss gekommen das Handyparken auf einer Plattform anzubieten, so **Herr Dämmrich**. In Dessau-Roßlau gibt es mehrere Anbieter, welche Handyparken anbieten. Mit der neuen Beschlussvorlage wird das Betreibermodell in der Stadt aktiviert.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, stellte die Frage, warum es so lange gedauert habe bis zum Vorliegen einer neuen Beschlussvorlage. Weiterhin äußerte er, dass die Vorlage seit dem 29.04.2015 Bestand habe. Die Vorlage sage im Wesentlichen nichts anderes im Inhalt aus, als die jetzige Beschlussvorlage.

**Herr Dämmrich** gab an, dass sich die Vorlage aufgrund verschiedener Rechtsprechungen verschoben habe, des Weiteren wolle die Stadt das neue Modell vorstellen. Das Handyparken sollte ursprünglich im Mai diesen Jahres eingeführt werden, was aber aufgrund der Rechtsprechung und dem notwendigen Interessenbekundungsverfahren verschoben wurde. Sollte es zu einer Beschlussfassung kommen, wird das Interessenbekundungsverfahren ad hoc in Kraft treten, so **Herr Dämmrich**. Dies wird ca. drei bis vier Wochen dauern, in der Zeit können sich die Betreiber anbieten. Eine Umsetzung wird dann ca. drei Wochen dauern.

**Herr Adamek** kritisierte die Dauer von der Beschlussvorlage bis zur endgültigen Umsetzung. Er wünscht sich eine verbindliche Aussage, warum der Prozess so lange gedauert habe.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

## **7 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **7.1 Zulassung eines Betriebes für Masthähnchenproduktion in Dessau-Mosigkau Vorlage: BV/061/2018/III-61**

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, berichtete einfürend, dass dieses Gewerbe beantragt wurde und an dieser Stelle, diese Nutzung gemäß BauGB zu genehmigen ist. Dafür ist keine politische Beschlussfassung nötig. Da dies aber eine nicht unumstrittene Nutzung ist, wurde entschieden dies als Informationsvorlage einzubringen.

**Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, ergänzte, dass dies ein privilegiertes Vorhaben ist. Solche Vorhaben sind nicht wirklich einer Ermessensentscheidung zugänglich, d. h. eine Beschlussfassung scheidet aus, wenn dem Vorhaben keine öffentlichen Belange entgegenstehen.

**Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich, ob zehn Meter hohe Abluftschlote gebaut würden, um den Immissionsschutz einzuhalten.

**Herr Jähnichen, Amt für Umwelt- und Naturschutz**, gab an, dass der Gutachter zehn Meter hohe Abluftschlote als Immissionsquellen gewählt habe, welche beantragt und genehmigt wurden.

Weitere Rückfragen gab es nicht. Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

**7.2 Umsetzung von naturnahen Gewässerentwicklungsmaßnahmen durch den LHW im Abschnitt Mühlstedt  
Zustimmung zum Neubau einer Fußgängerbrücke über die Rossel und Übernahme nach Herstellung durch den LHW in die Baulasts der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/317/2017/III-65**

Rückfragen gab es keine. Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

**7.3 Verbesserung der Grünpflege zum Bauhausjubiläum 2018/2019/Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwands und Auszahlung 2018 BV/11/2018/II-EB**

**Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, äußerte, dass die Informationsvorlage nicht in den digitalen Unterlagen war.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte, dass die Unterlagen ergänzt würden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, hinterfragte, warum es nicht verbrauchte Mittel im Bereich der Grünpflege gab, wo sonst die Mittel im Haushalt nicht reichen.

**Frau Jaquet, Eigenbetreib Stadtpflege**, antwortete, dass die Gelder aus Vorjahren übrig seien, da Leistungen im Vorjahr ausgeschrieben, aber erst im nächsten Jahr erbracht wurden.

**Herr Schlecht-Pesé** erkundigte sich, was in der Elballee gemacht werde. **Frau Jaquet** antwortete, dass die Stadt bei einem Großteil in der Straße Anlieger sei. Aufgrund nicht vorhandener Mittel wurde die Anliegerpflicht seit Jahren vernachlässigt. In den Teilen wird eine Grundreinigung der Wege durchgeführt, welche auch in regelmäßigen Abständen wiederholt wird. Zusammen mit dem Tiefbauamt muss dann an die anderen Anlieger herangetreten werden, so **Frau Jaquet**.

Weitere Rückfragen gab es nicht. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## 7.4 Informationen des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt

### 7.4.1 Sachstand Kavalierstraße, Umfeldgestaltung Bauhausmuseum, OdF-Mahnmal

**Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße**, berichtete einleitend zum aktuellen Sachstand mit Hilfe einer Präsentation (Anlage 2).

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte, dass es demnächst einen Aktionstag am 14.06.2018 geben werde, wo die Baustelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

**Herr Glathe, Fraktion der der CDU**, fragte, wie es mit der provisorischen Wegeführung auf der Baustelle für die Öffentlichkeit weitergehen solle, da dies eine Zumutung sei. **Herr Jähne** gab an, dass das Problem bekannt sei. Einige Maßnahmen wurden unternommen, führen aber nicht immer zum Erfolg. Es wird weiterhin daran gearbeitet eine Lösung zu finden.

**Herr Glathe** machte den Vorschlag, dass die Radfahrer vom Rad absteigen könnten. Woraufhin **Herr Jähne** äußerte, dass öffentlich die Forderung gemacht wurde, durch die Baustelle fahren zu können.

**Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, kam während des Tagesordnungspunktes und informierte anschließend zum Thema Zerbster Straße.

**Herr Dr. Reck** sagte, dass sich die eingebrachte Vorlage inhaltlich auch auf den Inhalt der Kulturentwicklungsplanung beziehe. Aus zeitlichen Gründen würde er sich von dem Projekt „Unsichtbare Orte“ trennen. Die Vorlage bringt Dynamik in den Prozess wie die Zerbster Straße attraktiver gestaltet werden könne, so **Herr Dr. Reck**. Vorab würde er sich eine Visualisierung der Bauhausbox wünschen, um zu sehen wie sie sich städtebaulich in die Umgebung einfüge. Weiterhin äußerte **Herr Dr. Reck**, dass er den Förderantrag stellen würde, aber sich nicht nur auf touristische Fördermöglichkeiten beziehen würde. Die Pflege- und Unterhaltsmaßnahmen müssen dafür im Haushalt vorhanden sein. In der Aufgabenstellung stehe, dass das Element in die Projektstudio zur Aufwertung der Zerbster Straße aufzunehmen sei.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erklärte, dass die Idee darin bestehe etwas dauerhaft zu nutzen. Weiterhin erläuterte er, wie es zu der Vorlage gekommen sei. Eine Umgestaltung des Platzes ist finanziell nicht möglich und viel Spielraum zur Umgestaltung gebe es nicht. Mit der Vorlage soll Bewegung in die Sache kommen, so **Herr Otto**.

**Herr Schönemann** möchte die Vorlage aufnehmen, um sie neu zu diskutieren und die Verwaltung beauftragen sich nochmal mit dem Thema zu beschäftigen. Des Weiteren soll es vom Ausschuss qualifiziert begleitet werden.

**Herr Otto** äußerte, dass es andere Möglichkeiten gebe die Architektenleistung auszuschreiben. Er bringt den Vorschlag, dieses Thema mit in das Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu nehmen. Woraufhin **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, fragte, was es für andere Wege gibt, mit Fördermitteln auszuschreiben.

**Herr Schönemann** gab an, dieses Thema beim Gespräch mit dem Oberbürgermeister aufzunehmen.

**Herr Dr. Reck**, ergänzte, dass die Förderung des Projektes „Unsichtbare Orte“ über die Kulturförderung erfolge.

#### **7.4.2 Sachstand Quartierskonzept Leipziger Tor**

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, berichtete, dass dem Stadtbezirksbeirat und der Stadtteil AG der Zwischenstand schon präsentiert wurde.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, stellte den Sachstand anhand einer Präsentation (Anlage 3) vor.

**Frau Schlonski** ergänzte, dass alle Projekte in der Projektliste enthalten sind. Wenn kein schlüssiges Konzept dahinter ist, keine Träger gefunden werden oder keine Finanzierung vorhanden ist, bleiben sie weiterhin in der Liste. So erhofft man sich, dass die Projekte aus der Liste in Projektblätter geführt werden können und beschlossen werden.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte den Wunsch, dass es bei der Vorgehensweise mehr nachhaltige Elemente in der Landschaft geben solle.

**Frau Jahn** gab an, dass die Stadtteil AG einen Rundgang mache, bei dem sie für ein Projekt neue Standorte für Bänke festlegt. In der Verwaltung wird es während des Sommers einen dezernatübergreifenden Workshop geben und anschließend wird das eigentliche Konzept geschrieben.

#### **7.4.3 Sachstand Retentionsbecken Mosigkau**

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, teilte mit, dass man mit der Maßnahme weiterhin im Zeitfenster ist. Der aktuelle Stand ist die Genehmigungsplanung. Die Beschlussvorlage zum Maßnahmebeschluss ist in Arbeit. Dieser wird in einer der nächsten OB-DB vorgelegt, wenn es eine Bestätigung gibt, wird er vor der Sommerpause als Information in den Ortschaftsrat gegeben. Nach realistischen Einschätzungen könne noch in diesem Jahr mit der Maßnahme am neuen Teich begonnen werden, so **Herr Pfefferkorn**.

#### **7.4.4 Sachstand Ringschluss Nord**

Der aktuelle Sachstand wurde bereits unter dem TOP 6.8 erläutert.

#### **7.4.5 Sachstand Umbau Bahnhofsvorplatz**

**Herr Säbel, Tiefbauamt**, informierte, dass vorgeschlagen wird Gussasphalt mit einer Absplittung in grau-rot zu verwenden. Das Mischungsverhältnis soll bei einem Vororttermin mit dem Gestaltungsbeirat abgestimmt werden. Die Fläche soll nicht als Verkehrsfläche, sondern als kreisrunder Platz wahrgenommen werden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, hinterfragte die Mitsprache bei der Gestaltung. Woraufhin **Herr Säbel** antwortete, dass es eine improvisierte Musterfläche geben wird. Auf A3-großes schwarzes Papier wird der Splitt aufgetragen, dadurch kann man sehen wie viel Gramm pro m<sup>2</sup> gebraucht werde.

**Herr Otto** äußerte, dass die Beschlusslage vom Stadtrat Platten waren. Seiner Meinung nach ist es schwer für den Autofahrer zu erkennen, dass er da nicht fahren darf.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sagte, dass der sicherheitstechnische Aspekt beim Gleißpflaster ein Einwendungspunkt war, weswegen Platten empfohlen wurden. Unter dem Aspekt des Machbaren wurde Gussasphalt als eine weitere Möglichkeit genommen.

Es wurde sich für Platten entschieden, um eine glatte Oberfläche zu schaffen, so **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**.

Weiterhin sollten die angegebenen Preise gleich bleiben. Die eine Möglichkeit wäre, Platten zu verwenden, wodurch der Preis steigt. Die zweite Möglichkeit sei die Verwendung von Gussasphalt unter Einhaltung des Preises.

**Herr Otto** möchte den Kostenvergleich gerne sehen.

**Frau Schlonski** gab an, im nächsten Bauausschuss vom Kostenvergleich zu berichten.

#### **7.4.6 Sonstig Informationen des Dezernats**

**Herr Jähnichen, Amt für Umwelt- und Naturschutz**, informierte über den Sachstand zu Windkraftanlagen. Im Stadtgebiet gibt es bisher keine Antragsstellung. Im letzten Jahr haben sich noch verschiedene Projektentwickler für Mosigkau interessiert, was sich in diesem Jahr zerschlagen hat. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld gibt es Genehmigungsanträge, so **Herr Jähnichen**. Außerdem gab er den Hinweis, dass auf dem UVP-Portal des Landes Grundstücksdaten und Informationen zu finden sind, die für die Antragsstellung eines Projektes aus dem Landkreis Wittenberg sind.

**Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, sagte, dass man nähere Informationen im nichtöffentlichen Teil des Stadtrates erhalten kann, da dieser Teil der Verwaltung ist. Weiterhin äußerte er, dass durch Interventionen der Teilplan „Wind“ vom Regionalplan noch nicht durch ist. Außerdem stellte er die Frage, ob man gegen diese Maßnahme noch weiterhin intervenieren kann, auch wenn sie nicht auf der Stadtgrenze liegt.

**Herr Jähnichen** antwortete, dass es bei dem Genehmigungsverfahren zu einer öffentlichen Auslegung kommen wird, bei der sich jeder einbringen kann.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass am 30.06.2018 die nächste Regionalversammlung ist. Auf der Tagesordnung stehen die Abwägung und der Satzungsbeschluss zum Teilplan „Wind“, da es scheinbar eine Einigung mit der Genehmigungsbehörde beim Land gegeben hat. Weiterhin sagte **Frau Jahn**, dass sie empfehle dagegen zu stimmen, da neue Erkenntnisse in die Abwägung eingestellt werden hätten müssen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, äußerte, dass er dem Oberbürgermeister schon vor längerer Zeit empfohlen hat, gegen nicht einbezogene Erkenntnisse zu klagen, da man durch nicht dafür stimmen nichts erreicht.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, ergänzte zu einer Antwort aus der letzten Sitzung des Stadtrates bezüglich des ALDI-Marktes: Im Bebauungsplan Nr. 174 „Kreuzbergstraße“ gab es Erweiterungsmöglichkeiten des Marktes von 800 m<sup>2</sup> auf 1200 m<sup>2</sup>. ALDI ist deshalb nicht aufgrund fehlender Erweiterungsmöglichkeiten geschlossen wurden.

**Herr Otto** sagte, dass dort ein Gewerbestandort war, der durch den Mieter ALDI andere Gewerbe aufrechterhalten hat. Ihm gehe es darum, wie man dieses Areal auffängt, nachdem ALDI weg ist.

## 7.5 Sontige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, fragte nach, wie der Sachstand bei der Zufahrt Lantzsch sei. Daraufhin antwortete **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass es zurzeit noch keine aktuellen Informationen gibt, es ist nach wie vor in der Abstimmung in der Verwaltung. Es wird weiterhin Gespräche geben, um nach einer Lösung zu suchen.

Desweiteren fragte **Herr Adamek** nach dem Baubeginn für das Regenrückhaltebecken in Kochstedt. Es gibt einen erarbeiteten Erschließungsvertrag, der vom Investor jetzt unterschrieben werden muss und dann kann der Bau beginnen, so **Frau Schlonski**.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erkundigte sich nach dem Sachstand für die Kosten der Brücke des Friedens. **Frau Schlonski** antwortete, dass die Verwaltung nach wie vor wöchentlich den Unternehmer kontaktiert, die abschließende Rechnung zu stellen, was bis jetzt leider noch immer nicht erfolgt ist.

Weiterhin merkte **Herr Otto** an, dass der Radweg über den Deich vom Elbpavillon bis zur Kläranlage in einem schlechten Zustand sei. Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft hätte keine Probleme, wenn eine Asphaltdecke auf die Deichkrone aufgezogen werde. Nach Information von Herrn Dr. Reck gäbe es dafür sogar Fördermöglichkeiten, weshalb **Herr Otto** anregt, dies zu recherchieren.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wünscht beim nächsten Mal eine Information zu diesem Thema.

Außerdem ergänzte **Herr Otto**, dass auf dem Radweg Ebertallee – Burgkühnauer Allee die Wurzeln den Radweg nach oben drückten. Zuzüglich ist in der Ebertallee bei einem Verkehrsunfall ein Lichtmast umgefahren wurden, welcher erneuert werden müsse.

**Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich nach der verkehrstechnischen Planung bei der Einfahrt Rothkegel.

**Frau Schlonski** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Desweiteren merkte **Herr Schlecht-Pesé** an, dass an der Stufenanlage in der Zerbster Straße das Pflaster absackt, was eine Stolperquelle darstellt.

Außerdem erkundigte er sich nach dem Stand der Anfrage von Philipp Oswald an den Oberbürgermeister bezüglich der Laubenganghäuser. Daraufhin antwortete **Herr Schönemann**, dass die Anfrage noch in der Bearbeitung sei. **Frau Schlonski** ergänzte, dass es schon einmal Thema war. Es stellt sich aber die Frage, ob es nicht Aufgabe des Bauhauses wäre. Als Stadt wären momentan die finanziellen Mittel für solch ein Projekt nicht aufzutreiben.

**Herr Schönemann** ist der Meinung, dass es gut wäre Partner zu finden, um solche Projekte weiterhin auf den Weg zu bringen. Dies sollte in einer Beschlussvorlage gemeinschaftlich auf den Weg gebracht werden, denn dies würde den Standort als Bauhausstadt erheblich stabilisieren.

**Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, äußerte, dass der Eigentümer eines Baugebietes in der Semmelweisstraße in Kochstedt in einem Insolvenzverfahren ist und durch den dauerhaften Leerstand der Gebäude das Gebiet nicht mehr vermarktbar ist. Im Ortschaftsrat wurde beim Vorentwurf des Flächennutzungsplans entschieden, dieses Gebiet nicht mehr als Baugebiet, sondern als Waldfläche auszuweisen. Es könnte die Möglichkeit bestehen, dass durch die Einleitung eines Zwangsvollstreckungsverfahrens die Stadt dieses Gebiet erwirbt und den Abriss eventuell über Fördermittel des Landes vollzieht, so **Herr Pätzold**. Er stellt den Antrag, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeit eines Einleitungsverfahrens prüfe.

Weitere Anfragen und Informationen gab es nicht.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 20.33 Uhr geschlossen.

## **10 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21.40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 23.10.18

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt    Schriftführer